



Sachstandsmitteilung Nr.:	108/2024	Datum:	02.04.2024
Beratungsart:	<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Beratungsfolge		
Nr.	Stadtvertretung / Fachausschuss	Sitzungstag
1	Ausschuss für Soziales, Sport und Kultur	
2	Bildungsausschuss	
3	Ausschuss für Umwelt und Verkehr	
4	Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauwesen	
5	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, öffentliche Sicherheit und Digitalisierung	
6	x Hauptausschuss	22.04.2024
7	x Stadtvertretung	25.04.2024

nachrichtlich: Junger Rat

Schluss- und Mitzeichnungen			
gez. Th. Haß			
Bürgermeister	Büroleiterin	Amtsleitung	Sachbearbeitung

1. TOP:

Antrag des Stadtvertreters Herrn Jan Voigt, FDP, vom 28.03.2024
hier: Resolution – Keine Abschaffung der Schulleiterwahlen

2. Sachstand:

Anliegender Antrag des Stadtvertreters Herrn Jan Voigt, FDP, vom 28.03.2024 zum Thema „Resolution – Keine Abschaffung der Schulleiterwahlen“ wird der Stadtvertretung zur Kenntnis und weiteren Beratung gegeben.

Jan Voigt
Stadtvertreter

An den
Bürgermeister der Stadt Schwentimental
Herrn Uwe Janz

28.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Stadtvertreter der FDP stellen zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung folgenden Antrag:

RESOLUTION

Keine Abschaffung der Schulleiterwahlen!

Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Schulleiterwahlen mit dem neuen Schulgesetz abgeschafft werden. Die Vertreterinnen und Vertreter des Schulträgers sollen laut des Regierungsentwurfes für das neue Schulgesetz im Schulleiterwahlausschuss, wie auch die Vertreterinnen und Vertreter von Lehrkräften, Eltern und Schülern, zukünftig nur noch angehört werden, aber nicht mehr abstimmen dürfen.

Unsere Schulen sind Einrichtungen der Schulträger, deren Vertreterinnen und Vertreter bei der Auswahl der Leitung ihrer eigenen Einrichtungen weiterhin mitbestimmen sollten. Schulleiter sind schließlich auch weisungsberechtigt gegenüber den an den Schulen tätigen Beschäftigten der Kommunen und sie sind vor Ort wichtige Repräsentanten der Schulen, die auch eine gewisse Akzeptanz brauchen. Dieser eklatante Abbau der Mitbestimmungsrechte von Schulträgern, Lehrkräften, Eltern und oftmals auch Schülerinnen und Schülern ist deshalb nicht nur unbegründet, sondern das völlig falsche Signal in diesen bewegten Zeiten.

Wir fordern den Landtag dazu auf, diesem Plan der Landesregierung nicht zuzustimmen und somit dafür zu sorgen, dass der demokratische Beteiligungsprozess bei der Besetzung der Schulleitung nicht abgeschafft wird. Die Auswahl der Vorschläge und die Letztentscheidung obliegen ohnehin dem Bildungsministerium.

Wir erwarten zudem vom Bildungsministerium, die Aufgabe der Schulleiterin bzw. des Schulleiters durch mehr Unterstützung und weniger unnötige Bürokratie attraktiver zu gestalten, damit sich zukünftig wieder deutlich mehr qualifizierte Lehrkräfte für diese wichtige und anspruchsvolle Aufgabe bewerben. Das Problem bei der Besetzung von Schulleitungen liegt schließlich nicht in der Mitsprache der Beteiligten vor Ort, sondern an den zurückgegangenen Bewerberzahlen.